



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Freitag, den 7. Oktober 1887.

Nr. 467.

Deutschland.

Berlin, 6. Oktober. Die kaiserlichen Majestäten befinden sich in Baden-Baden im besten Wohlsein und unternehmen täglich längere Spazierfahrten in die Umgegend. Heute arbeitete der Kaiser längere Zeit mit dem Vertreter des Militärkabinetts, dem Abteilungs-Chef Oberst von Brauchitsch.

Wie aus Venedig gemeldet wird, wollte sich der Kronprinz heute früh von dort nach Mailand und sodann nach Venedig begeben.

Am Montag, den 3. d. M., dem Tage, an welchem der Kaiser vor 80 Jahren den ersten Frontdienst gethan hatte, war von Memel aus an den Kronprinzen ein Telegramm abgegangen, auf welches noch an demselben Tage folgende an den Kommandanten Oberstleutnant v. Schack gerichtete Antwort eintraf:

Venedig, 3. Oktober, 7 Uhr Abends.
Seine kaiserl. Hoheit lassen der Garnison und der Stadt verbindlichst danken für freundliche Aufmerksamkeit und gute Wünsche.

Auf höchsten Befehl:
v. Winterfeld.

Venedig, 3. Oktober, 7 1/2 Uhr Abends.
Füge auf höchsten Befehl dem eben gesandten Telegramm noch hinzu, daß die Ärzte mit dem Gange der Genesung Sr. kaiserl. Hoheit zufrieden sind.

Die Prinzessin Friedrich Karl wird am Sonntag von Glienide nach Berlin überföhren, um während des Winters im Palais am Wilhelmplatz Aufenthalt zu nehmen.

Die „Riforma“ konstatiert, daß Fürst Bismarck selber Herrn v. Bismarck die Durchreise Cripis durch Hannover mittheilte und so die Zusammenkunft der beiden seit langem befreundeten Männer vorbereitete.

In der heutigen Bundesraths-Sitzung kam es zu einem definitiven Beschluß bezüglich der Designation eines Reichs-Kommissars für die Melbourneer Weltausstellung zunächst nicht. Die Angelegenheit wurde an die Ausschüsse verwiesen.

Der Unterrichtsminister hat die königl. Regierung in Schleswig veranlaßt, der Regierung in Danzig solche nordschleswigsche Lehrer zu bezeichnen, welche tüchtig und willens seien, Volksschulstellen in den Provinzen Westpreußen und Posen zu übernehmen. Außer freier Reise würden ihnen noch persönliche Zulagen von je 300 Mark jährlich gewährt werden.

Wie die Straßburger Blätter melden, hat der Zustand des von dem Jäger Kaufmann verwundeten Herrn v. Wangen sich gebessert und die Wunden beginnen zu vernarben.

Aus Bremen, 5. Oktober, wird der „Nat.-Ztg.“ geschrieben:

„Senat und Kaufmannschaft sind noch nicht einig über die schwebenden Verwaltungsfragen im zukünftigen Freibafen, wie sich gestern im Kaufmanns-Konvent abermals herausstellte. Vergebens redete Konjul H. H. Meier der Versammlung zu, sich auf eine gemeinsame Zollbehörde mit Hamburg und Lübeck einzulassen: die Herren Bapendick und Wessels trugen für eine besondere Bremer Behörde die Mehrheit davon. Wobei man sich in Wirklichkeit besser stehen wird, ist schwer vorherzusehen, wie schon die Meinungsverschiedenheit so tüdiger, erfahrener und praktischer Männer ergibt. Es ist aber auch schwierig, zu erkennen, wer am Ende seine Ansicht durchsetzen wird. Der eine Theil erscheint ungefähr so stark wie der andere. Auch über die Gestaltung der inneren Verwaltung im Hafen besteht noch Streit. Hier war es Senator Buff, dem es nicht gelang, die versammelte Kaufmannschaft zurückzubalten, daß sie staatliche Leitung der Speicher, Krähne u. s. w. einer Privat-Gesellschaft vorziehe, wenn auch mit einer Beteiligung des Staates am Gewinn. Inzwischen schreitet der Bau des Freibafens so rüstig fort, daß er in engem Sinne des Wortes noch fertig zu werden verspricht vor dem kommenden Winter.“

Die gemeinschaftliche Zollbehörde ist inzwischen, wie telegraphisch berichtet wurde, von der Bürgererschaft, entgegen dem Antzage des Senats, abgelehnt worden.

Es liegen nunmehr die ersten Aeußerungen auch der russisch-panslawischen Presse zu

Cripis's Besuch in Friedrichsruhe vor. Daß sich dieselbe von dem Ereignisse sehr unangenehm berührt fühlte, konnte man sich von vornherein denken; hatte doch z. B. die „Nowoje Wremja“ die Ernennung Cripis's zum Minister-Präsidenten mit Freuden begrüßt, weil dieselbe Italiens Zugehörigkeit zur Friedensliga ein Ende machen und diese Macht Rußland und Frankreich annähern werde. Und nun diese Enttäuschung! Ihrem Mißvergnügen über dieselbe macht die „N. W.“ in einer Art der Polemik dieses Blattes entsprechenden Weise Luft, dasselbe schreibt:

„Die italienische Diplomatie, die bisher noch keine hervorragende Rolle in den internationalen Fragen gespielt hat, trifft Anstalten, unter der Mithilfe des Fürsten Bismarck auf den ersten Plan zu treten. Schon seit einigen Tagen kursiren Gerüchte über einen Vorschlag, den das italienische Kabinet in der bulgarischen Frage zu thun gedenkt, ein Vorschlag, durch den allen Mißverständnissen und Differenzen ein Ende gesetzt und die einander widersprechenden Interessen Rußlands und Oesterreich-Ungarns ausgeglichen werden sollen. Die bevorstehende aktive Intervention Italiens in der bulgarischen Frage ist jedenfalls eine äußerst interessante und in gewissem Sinne erbauliche Thatsache. Wir werden uns indessen wohl kaum irren, wenn wir behaupten, daß Italien bei diesen ganzen Interventionen nur eine Strohmännchenrolle spielen wird, und zwar zum Theil in der Absicht, auch einmal in den Vordergrund zu treten, zum Theil in der Erwartung, eine anständige Belohnung zu erhalten. Daß es Herrn Cripis gelingen wird, der Friedensvermittler Europas zu werden, ist im Anbetracht der schwierigen und komplizierten Aufgabe, die er übernommen, schwerlich zu erwarten. Dafür wird aber die bescheidene Rolle, die Italien bis heute bei den Beratungen der Großmächte gespielt hat, jetzt ein Ende nehmen. Wir werden künftig mit Italien bedeutend mehr zu rechnen haben als bisher. Um diesen Preis verlohnt es sich denn wohl auch, das Risiko eines Mißerfolges der ganzen Intervention zu tragen.“

Das italienische Projekt für die Lösung der bulgarischen Frage ist wahrscheinlich nichts Anderes als ein neuer Versuch, von Rußland die Einwilligung zu einer Entscheidung zu erlangen, in der die österreichisch-ungarischen Interessen das Uebergewicht über die russischen erhalten würden. Auf eine solche Lösung der bulgarischen Frage wird aber unsere Regierung in keinem Falle eingehen. In der bulgarischen Politik Rußlands hat während der letzten Zeit keine Veränderung stattgefunden und wird auch nicht stattfinden. Die Frage ist von der russischen Regierung klar und deutlich gestellt worden. Alles, was sich gegenwärtig zuträgt, ist eine direkte Verletzung des Berliner Traktats. Irgend welche Kompromisse hinsichtlich der vollendeten Thatsachen sind von Rußland nicht zu erwarten. Die Aufgabe Europas ist es, den status quo ante im Fürstentum wieder herzustellen und wenn es dies für unmöglich hält, so werden wir uns von allen Verpflichtungen, die der Berliner Traktat den Signatarmächten auferlegt, für entbunden erklären. Uns von diesem Gesichtspunkte abzubringen, wird Herrn Cripis ebensowenig gelingen, wie seinen übrigen Vorgängern, die mit mehr Geschick und Autorität auftraten, als der gegenwärtige italienische Premier.“

Einige recht interessante Enthüllungen werden dem „B. L.“ durch das nachstehende Telegramm seines Petersburger Korrespondenten übermittelt:

„Morgen bringt die „Deutsche Petersburger Zeitung“ einen Brief einer hervorragenden Wiener Persönlichkeit, welcher eine vernichtende Kritik des Prinzen Ferdinand von Koburg enthält. Der Autor erklärt positiv, der Koburger habe bereits 1884 bei den ersten Mißthelligkeiten des Fürsten Alexander mit Petersburg den Gedanken gefaßt, der Nachfolger auf dem bulgarischen Thron zu werden; er spielte seitdem dem eragirten Russen, falls die abschprechendsten Urtheile über den Fürsten Alexander und deutete vornehmlich Russen gegenüber seine eigenen Thronwünsche an, was damals hierher gemeldet wurde; ja er ließ sogar seine Briefbogen mit einem russischen Buchstaben- Monogramm versehen. Als Jäger-Offizier in Kinsiehung — unter dem Erzherzog Johann

Salvator — genos der Koburger den Ruf eines recht nachlässigen Offiziers, den nur die prinzipliche Abkunft über Wasser hielt. Der Briefschreiber, welcher aus den direktesten Quellen schöpft, bestreitet entschieden, daß der hochgebildete, vorzügliche Militär Erzherzog Johann Salvator den Koburger jemals protegirt habe; gerade das Gegenteil sei der Fall. Der jetzige Rücktritt des Erzherzogs stehe mit dem Koburger in keinerlei Zusammenhang, der Hauptgrund sei ein inneres körperliches Leiden, sowie verschiedene politische-militärische Uebelstände und Mißthelligkeiten. Der Erzherzog besitze Neider in den höchsten militärischen Sphären. Der Briefschreiber glaubt, der Erzherzog werde später ein Armeekorps übernehmen. Das Gebahren des Koburgers sei dem Erzherzog stets widerlich gewesen.“

Dem oben zitierten Blatt wird von einem gelegentlichen Korrespondenten als ein weiterer Grund des Rücktrittes des Erzherzogs Johann Salvator die Absicht desselben bezeichnet, eine „Heirat aus Liebe“ einzugehen. Thatsache ist, daß man im österreichischen Kaiserhause sogenannte Mesallianzen nicht gern sieht.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht heute folgende

Be k a n n t m a c h u n g
auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. Oktober 1878.

Die unter dem 27. September d. J. auf Grund des § 28 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 (R.-G.-Bl. S. 351 ff.) für die Stadt Berlin, die Stadtkreise Potsdam und Charlottenburg, sowie die Kreise Teltow, Niederbarnim und Osthavelland getroffenen, in der Nr. 227 des „Reichs Anzeigers“ vom 28. September d. J. veröffentlichten Maßnahmen werden hiermit für die Zeit bis zum 30. September 1888 unter Genehmigung des Bundesraths auch auf den Stadtkreis Spandau mit der Maßgabe ausgedehnt, daß die im § 4 der Bekanntmachung vom 27. September d. J. vorgesehenen Anordnungen auf den Stadtkreis Spandau keine Anwendung finden.

Berlin, den 6. Oktober 1887.
Königliches Staats-Ministerium.
v. Puttkamer. Maybach. Friedberg. v. Gopler.

Der sozialdemokratische Kongress in St. Gallen war, wie bereits gemeldet, zahlreich besucht. Die bekanntesten Führer der Sozialdemokratie waren fast alle anwesend, von den jetzigen und den früheren Reichstagsabgeordneten bemerkte man die Herren Bebel, Liebknecht, Hasenclever, Singer, Auer, Bod, Kaiser, Meißner, Köbiger, Grillenberger, Geper, Bloss und den sächsischen Landtagsabgeordneten Raden. Als ausländische Gäste sind Herr Fox aus London und Dr. Adler aus Wien, ferner Frau Guillaume-Schad anwesend. Die Verhandlungen begannen am Sonntag Abend und waren drei Tage dafür in Anspruch genommen. Zum ersten Gegenstand der Tagesordnung: Geschäftsbericht des Fraktionsvorstandes, wurde folgender Antrag Bebel's einstimmig angenommen: „Der Parteitag fordert die Genossen auf, der Flucht von Parteigenossen wegen drohender Prozesse oder Gefängnißstrafen möglichst entgegenzutreten und eventuell jede materielle Unterstützung zu versagen.“ Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Zwischen Madagaskar und Frankreich droht aufs neue der Ausbruch eines Krieges. Wie bereits mitgetheilt, ist es zwischen dem französischen Vertreter in Antananarivo, Le Myre de Wilers, und der madagassischen Regierung, mit Bezug auf die Ertheilung des Equator an den amerikanischen Residenten Campbell, zu ernstlichen Differenzen gekommen, in Folge deren der französische Ministerresident seine Flagge einzog. Nach dem erst jüngst zwischen Madagaskar und Frankreich abgeschlossenen Friedensvertrag hatte das letztere ziemlich weitgehende Befugnisse in Betreff der auswärtigen Politik Madagaskars. Diese Befugnisse hält nun die französische Regierung für verletzt, während erstlich die madagassische Regierung eine Gelegenheit wahrnehmen möchte, um die lästigen Bedingungen des Friedens-Vertrages wieder abzuschütteln. Aus Paris liegt über die Affaire das folgende Telegramm vor:

„Hier ist große Unruhe durch die englischen Nachrichten über die Vorgänge in Madagaskar

hervorgerufen. Danach hätte der Ministerresident die Flagge eingezogen, Antananarivo verlassen und sich nach Tamatave begeben. Obwohl die „Agence Havas“ bestreitet, daß der Ministerresident die madagassische Hauptstadt verlassen habe, giebt sie doch zu, daß ein Konflikt mit der madagassischen Regierung über die Kompetenzfrage bezüglich der Verleihung des Equator an fremde Konsuln besteht. Die „Agence Havas“ spricht jedoch die Hoffnung aus, daß der Streit beigelegt werde, da der erste madagassische Minister, nachdem der Ministerresident die Flagge eingezogen, die Intervention des Ministers Flourens nachgesucht habe, um das Mißverständnis beizulegen.“

Eine friedliche Beilegung des Konflikts liegt entschieden noch mehr im Interesse Frankreichs als Madagaskars; denn ein neuer Kolonialkrieg Frankreichs würde sofort eine sehr ernste Ministerkrise in Paris heraufbeschwören.

Die egyptischen Finanzen sind trotz aller bisherigen Maßnahmen administrativer und internationaler Natur noch weit davon entfernt, geordnet zu sein. Wie dem „Standard“ unterm 3. aus Kairo befehrt wird, sind die Aussichten für das nächste Budget nicht ermutigend. Der Ackerbau hat große Verluste durch die Ueberschwemmungen erlitten, und es wird daher die Einlassung der Landsteuer dieses Jahr sehr schwer werden. Alle Boranschläge der Finanzkonvention werden sich dieses Jahr als falsch erweisen. Die Einnahme aus den Zöllen, dem Looslauf vom Militär, der Gebäude- und Gewerbesteuer mag etwas höher werden. Aber während die Konvention in der Daira und den Domänen ein Defizit von 250,000 Pfd. veranschlagte, so wird dasselbe 400,000 Pfd. betragen. Ebenso wird die Armee, welche 3500 Mann zählen sollte, jetzt aber 9000 Mann zählt, 200,000 Pfd. mehr kosten. Außerdem muß für den türkischen Tribut und andere Zahlungen, welche nicht mehr verschoben werden können, Fürsorge getroffen werden. Es wird daher schwer halten, ohne eine neue Anleihe auszukommen.

Ueber die Stanley-Expedition sind dem „Reuter'schen Bureau“ folgende neuere Berichte zugegangen:

„In Boma ist die Nachricht eingetroffen, daß die Expedition Stanleys ihren Vormarsch bisher ohne weitere Schwierigkeiten bewerkstelligt hat, als sie ein Land bietet, in welchem das Reisen ohnehin mit beträchtlichen Hindernissen verknüpft ist. Um den 25. Juli war die Expedition auf dem Flusse Aruwimi bis zu einer bergigen Gegend in dem Mabodi-Distrikt vorgekommen. An der Stelle wurde der Fluß sehr schmal und war nicht länger schiffbar. Stanley war deshalb mehrere Tage lang gezwungen, alle für die Expedition und Borräthe von den Leuten tragen lassen zu müssen. Die Menge Reis war so groß, daß jeder Mann eine doppelte Last tragen mußte. Die Flüsse, auf denen das schwere Gepäc transportirt wurde, wurden zurückgelassen, und nur das große räthelne Boot wurde bei der engen Stelle auf dem Lande weiter geschafft und dann wieder ins Wasser gelassen. Stanley freute sich darüber, daß er es mitgenommen habe, da die Eingeborenen sagten, daß die Expedition noch sehr viel Wasser zu passen haben werde, ehe sie an den Albert Nyarza käme. Stanley wollte nach seiner Ankunft auf der Höhe, welche das Bett der Aruwimi bildet, zwei Tage lang rasten, um seinen Leuten Ruhe zu gönnen und ein neues Lager zu errichten. Dasselbe soll eine Besatzung von 20 Mann unter einem europäischen Offizier erhalten. Bis zur Zeit des Abgangs der vorstehenden Nachrichten hatte die Expedition wenig Schwierigkeiten gehabt, Nahrungsmittel von den Eingeborenen zu erhalten. Die Gegenden, welche Stanley passirte, waren ziemlich zahlreich bevölkert, aber die Leute wohnten zerstreut. Es herrschte Ruhe, da sich die bei Stanley Falls herrschende Bewegung noch nicht bis dahin ausgebreitet hatte. Die Expedition rückte durchschnittlich 18 bis 20 Kilometer den Tag vor. Was die Lage in Stanley Falls betrifft, so besand sich Tippu Tib noch auf seinem Posten. Er erwartete Verstärkungen, um eine entschlossener Haltung einnehmen zu können, und unterhandelte mit den hervorragendsten Häuptlingen in der

